

## Sprachprüfsteine zur Bundestagswahl 2009

*Erlangen, 11. September 2009* – 78 Prozent der Deutschen finden, daß mehr für die deutsche Sprache getan werden sollte. Das ergab vor kurzem eine Umfrage des Instituts für deutsche Sprache. Zur Bundestagswahl am 27. September haben sich alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien in ihren Wahlprogrammen mit dem Thema Sprache auseinandergesetzt. Die Zeitschrift DEUTSCHE SPRACHWELT hat aus diesen Gründen wie schon zur Europawahl die Programme der Parteien geprüft und die Ergebnisse zusammengestellt. Sie will damit den sprachbewußten Wählern bei ihrer Entscheidung helfen. Die DEUTSCHE SPRACHWELT arbeitete bei ihrer Untersuchung mit dem Sprachausschuß des 1644 gegründeten Pegnesischen Blumenordens zu Nürnberg zusammen.

### Inhalt

- Seite 2: Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick
- Seite 3: Wie wichtig ist den Parteien das Thema Sprache?
- Seite 3: Wie verständlich sind die Aussagen zur Sprache?
- Seite 4: Welche sprachpolitischen Forderungen stellen die Parteien?
- Seite 5: Was schreiben die Parteien zum Thema Sprache?
- Seite 9: „Dear Citizens“: CDU und CSU werben um Wähler – auf englisch (Kommentar von Thomas Paulwitz, Chefredakteur der DEUTSCHEN SPRACHWELT)
- Seite 10: CDU und CSU sprechen manche Anliegen aus (Bewertung des Unionsprogramms durch Prof. Dr. Werner Kügel, Präses des Pegnesischen Blumenordens)
- Seite 13: FDP: Widersprüchliche Wortwahl (Bemerkungen zum Wortschatz der Liberalen von Günter Körner, Vizepräses des Pegnesischen Blumenordens)

## Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick

1. Alle Parteien beschäftigen sich mit dem Thema Sprache. CDU und CSU gewichten es mit einem Anteil von 1,91% am Gesamtprogramm am höchsten. Bei den anderen Parteien liegt dieser Wert zwischen 0,41% (Die Linke) und 0,57% (Bündnis 90/Die Grünen). *Siehe Tabelle 1.*
2. Die durchschnittliche Länge der Sätze, die sich mit dem Thema Sprache befassen, liegt bei allen Parteien zwischen 15,2 (CDU/CSU) und 16,3 (FDP). Das deutet auf leichte Verständlichkeit hin. Einzig die Partei „Die Linke“ benötigt etwas mehr Wörter je Satz: 20,0. *Siehe Tabelle 2.*
3. Nachdem sich „Die Linke“ in ihrem Europawahlprogramm überhaupt nicht mit Sprache auseinandergesetzt hatte, behandelt sie das Thema im Bundestagswahlprogramm immerhin in vier Sätzen. Am meisten haben dazu CDU/CSU (517 Wörter) und Bündnis 90/Die Grünen (302 Wörter) zu sagen. *Siehe Tabelle 2.*
4. Etwa die Hälfte der sprachpolitischen Forderungen in den Parteien bezieht sich auf Einwanderer. Der Anteil dieser Forderungen liegt zwischen 42,9% (Bündnis 90/Die Grünen) und 66,7% (SPD). Die meisten Forderungen überhaupt stellen CDU/CSU (9) und Bündnis 90/Die Grünen (7), die wenigsten „Die Linke“ (2). *Siehe Tabelle 3.*
5. Bis auf „Die Linke“ fordern alle Parteien, Deutschkenntnisse der Einwanderer zu verbessern und die Sprache von Kindern schon vor Schuleintritt zu fördern. Die sprachpolitischen Forderungen der FDP finden sich alle auch bei CDU/CSU. Schwarz und Gelb stimmen am stärksten miteinander überein. *Siehe Tabelle 3.*
6. Besonderheiten:
  - a. Trotz eines entsprechenden Parteitagsbeschlusses der CDU vom Dezember 2008 fordern CDU und CSU nicht die Verankerung der deutschen Sprache im Grundgesetz.
  - b. Bis auf die FDP bieten alle Parteien ihre Programme auch in „leichter Sprache“ an.
  - c. CDU und CSU wenden sich in der Kurzfassung ihres Programms auch auf englisch an die Wähler („Dear Citizens“, s.u.).
  - d. Peter Ramsauer, der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, ließ bei der Erarbeitung des gemeinsamen Bundestagswahlprogramms von CDU und CSU zahlreiche Anglizismen aus den Entwürfen herausstreichen.
  - e. Bündnis 90/Die Grünen amerikanisieren sich inhaltlich und sprachlich mit ihrer Forderung nach einem „Green New Deal“, den sie immer wieder erwähnen. Damit entfernen sie sich vom deutschsprechenden Wahlvolk und vernebeln ihre eigenen Aussagen. Den Wählern erklären sie in „leichter Sprache“: „Damit jeder weiß, was uns GRÜNEN wichtig ist. Darum brauchen wir ein neues Papier. Dieses Papier heißt: Green New Deal. Das ist englisch. Und wird so gesprochen: Grien Nju Diel.“
  - f. Die FDP verzichtet bei der Anrede auf eine Doppelnennung der Geschlechter – zum Beispiel „Bürgerinnen und Bürger“ –, „um den Text lesefreundlicher zu gestalten“.

**Tabelle 1: Gewichtung des Themas Sprache**

| <b>Partei</b>           | <b>Anteil am Gesamtprogramm</b><br>(Verhältnis der Wörter über das Thema Sprache zur Gesamtzahl der Wörter im Programm) |
|-------------------------|---|
| CDU/CSU                 | <b>1,91%</b>  |
| SPD                     | 0,56%   |
| Bündnis 90 / Die Grünen | 0,57%   |
| FDP                     | 0,53%   |
| Die Linke               | 0,41%   |

**Tabelle 2: Durchschnittliche Länge der Sätze, die sich mit dem Thema Sprache befassen, als Anhaltspunkt für Verständlichkeit**

| <b>Partei</b>           | <b>Sätze</b> | <b>Wörter</b> | <b>Durchschnittliche Satzlänge in Wörtern</b> |
|-------------------------|--------------|---------------|---|
| CDU/CSU                 | 34           | 517           | 15,2  |
| SPD                     | 10           | 153           | 15,3  |
| Bündnis 90 / Die Grünen | 19           | 302           | 15,9  |
| FDP                     | 11           | 179           | 16,3  |
| Die Linke               | 4            | 80            | <b>20,0</b>                                   |

Es gelten folgende Richtwerte aus der Verständlichkeitsforschung: Sehr leicht verständlich sind bis zu 13 Wörter je Satz, leicht verständlich 14 bis 18 Wörter, verständlich 19 bis 25 Wörter, schwer verständlich 25 bis 30 Wörter, sehr schwer verständlich 31 und mehr Wörter.

**Tabelle 3: Sprachpolitische Forderungen der Parteien im Überblick**

| „+“ = Forderung vorhanden<br>„-“ = Forderung nicht vorhanden                        | CDU/CSU   | SPD       | Bündnis<br>90 / Grüne | FDP       | Die Linke |
|---|-----------|-----------|-----------------------|-----------|-----------|
| Die deutsche Sprache als Identitätsstifterin bewahren                               | +         | -         | -                     | -         | -         |
| Deutschkenntnisse von Einwanderern verbessern                                       | +         | +         | +                     | +         | -         |
| Islamischer Religionsunterricht nur in deutscher Sprache                            | +         | -         | -                     | -         | -         |
| Ausreichende Deutschkenntnisse sollen weiterhin Voraussetzung für Einbürgerung sein | +         | -         | -                     | -         | -         |
| Ehegatten von Einwanderern auch ohne Deutschkenntnisse einwandern lassen            | -         | -         | +                     | -         | -         |
| Besonders Einwanderinnen beim Erlernen der deutschen Sprache fördern                | +         | -         | -                     | +         | -         |
| Mehrsprachigkeit von Einwandererkindern anerkennen, Erstsprache fördern             | -         | +         | +                     | -         | +         |
| Sprache von Vorschulkindern fördern   | +         | +         | +                     | +         | -         |
| Gesetze in verständlichem Deutsch verfassen   | +         | -         | -                     | -         | -         |
| Amtsdeutsch in Umgangssprache übersetzen  | -         | -         | +                     | -         | -         |
| Gebärdensprache fördern   | -         | -         | +                     | -         | -         |
| Sprache in Kunst und Kultur verständlich machen                                     | -         | -         | +                     | -         | -         |
| Stellung der deutschen Sprache in der Welt stärken                                  | +         | -         | -                     | +         | -         |
| Die deutsche Sprache in der EU stärken  | +         | -         | -                     | -         | -         |
| Minderheitensprachen fördern  | -         | -         | -                     | -         | +         |
| Sprachpolitische Forderungen insgesamt  | 9         | 3         | 7                     | 4         | 2         |
| Zahl und Anteil der Forderungen zur Einwanderung                                    | 4 (44,4%) | 2 (66,7%) | 3 (42,9%)             | 2 (50,0%) | 1 (50,0%) |

**Tabelle 4**

| <b>Partei</b> | <b>Aussagen in den<br/>Bundestagswahlprogrammen<br/>zum Thema Sprache</b>   |
|---------------|---|
| CDU/CSU       | <p>Wir wollen ein gutes Zusammenleben von Einheimischen und Migranten ermöglichen. CDU und CSU haben Integration zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe gemacht. Deutschland ist Integrationsland. Fördern und Fordern stehen dabei im Mittelpunkt. Gute Sprachkenntnisse und gute Bildung sind unverzichtbar.</p> <p>Gute Bildung für alle braucht Chancengerechtigkeit von Anfang an. Die deutsche Sprache ist der Schlüssel für Bildung und Ausbildung. Wir unterstützen die gezielte Sprachförderung vor der Schule, verbindliche Sprachstands-Tests für alle Kinder im Alter ab vier Jahren und eine intensive Förderung bei erkannten Defiziten sowie unterrichtsbegleitende Sprachprogramme.</p> <p>Neben dem evangelischen und katholischen Religionsunterricht soll bei Bedarf auch Unterricht in anderen Religionen in deutscher Sprache mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern und unter staatlicher Schulaufsicht angeboten werden.</p> <p>Gute Deutschkenntnisse sind Grundvoraussetzung für Bildung und Ausbildung, für Integration in den Beruf, für Mitwirkung und sozialen Aufstieg. Die Integrationskurse haben sich zum wichtigsten Instrument der Sprachförderung entwickelt. Durch stärkeres Fördern und Fordern wollen wir die erfolgreiche Teilnahme weiter erhöhen. Bis 2010 sollen alle Kinder, die eingeschult werden, Deutsch sprechen können. Um ihrer Erziehungsverantwortung jederzeit nachkommen zu können, sind Migranteneltern gefordert, Deutsch zu lernen. Sie tragen Verantwortung dafür, dass ihre Kinder Deutsch lernen sowie für deren kontinuierliche Förderung und Entwicklung. Der frühe Kontakt zu Kindern mit deutscher Muttersprache ist für den Spracherwerb von Migrantenkindern von großer Bedeutung.</p> <p>Eine Voraussetzung für die Einbürgerung sind ausreichende deutsche Sprachkenntnisse. Mit CDU und CSU wird es keine Aufweichung der im Jahr 2007 gesetzlich verankerten Sprachanforderungen geben.</p> <p>Wir wollen die Erwerbsquote der Frauen mit Migrationshintergrund erhöhen. Sprachangebote wurden bereits in den Integrationskursen speziell für Frauen zugeschnitten und durch eine Kinderbetreuung zugänglicher gemacht.</p> <p>Wir werden mit einer engagierten auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik einen wichtigen Beitrag zur Pflege internationaler Zusammenarbeit leisten, die Kenntnis der deutschen Sprache fördern und ihre Stellung in der Welt stärken. Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik erschließt uns andere Länder und Kulturkreise. Sie soll ein umfassendes, historisch und kulturell breit fundiertes Bild von Deutschland zeigen. Wir werden die Zusammenarbeit mit den Mittlern der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik – den Goethe-Instituten, der Deutschen Welle, der Humboldt-Stiftung, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst, den Auslandsschulen, dem Deutschen Archäologischen Institut und vielen mehr – verlässlich fortführen.</p> |

|                         |   |
|-------------------------|---|
|                         | <p>Die überwältigende Mehrheit der Menschen in Deutschland identifiziert sich mit unserem Land, mit seiner Sprache und Kultur und den Werten des Grundgesetzes. Demokratie und Rechtsstaat, die Soziale Marktwirtschaft, Innovationskraft und Soziale Sicherheit, Weltoffenheit und ehrliches Interesse für andere Länder und Kulturen, Hilfsbereitschaft in Notlagen überall in der Welt – das alles und vieles mehr ist Grund, stolz auf Deutschland zu sein. Die Identifikation mit dem eigenen Land stärkt Mut und Zuversicht.</p> <p>Der Bürger muss das Recht verstehen können, wenn er es befolgen soll. Wir fordern ein übersichtlicheres und verständlicheres Recht. CDU und CSU wollen, dass Gesetze und Bescheide der Verwaltung in einer für den Bürger verständlichen Sprache verfasst werden. Wir fordern die konsequente Umsetzung der Grundsätze der „besseren Gesetzgebung“ in Deutschland und der EU.</p> <p>Die EU muss die Identität der Nationen mit ihren Regionen und Kommunen achten. Deutsch ist die meistgesprochene Muttersprache und eine der drei Verfahrenssprachen der EU. Wir setzen uns daher für die Stärkung der deutschen Sprache in Europa ein, um ihre faktische Benachteiligung in den europäischen Institutionen zu beenden.</p> <p style="text-align: center;">517 Wörter von 27.123<br/>= <b>1,91%</b> des Gesamtprogramms<br/>34 Sätze</p> |
| SPD                     | <p>Außerdem werden wir uns mit Nachdruck um die Verbesserung der Qualifikation von Migrantinnen und Migranten einschließlich der Sprachförderung und der Anerkennung ihrer ausländischen Qualifizierungen kümmern.</p> <p>Deutschland ist ein Einwanderungsland. Ein Viertel aller Kinder hat mindestens einen Elternteil, der aus einem anderen Land eingewandert ist. Viele dieser Kinder sind in unserem Bildungssystem immer noch erheblich benachteiligt. Auch sie haben ein Recht auf die gleichen Bildungschancen, auf die Anerkennung ihrer besonderen Fähigkeiten wie die Mehrsprachigkeit und ihrer kulturellen Erfahrungen.</p> <p>Wir wollen, dass alle Kinder mit guten Startchancen in die Schule kommen. Deshalb wollen wir die Schulvorbereitung in der Kita stärken. Die verbindliche Sprachförderung muß Schwerpunkt der vorschulischen Bildung sein, damit alle Kinder gut vorbereitet in die erste Klasse kommen.</p> <p>Wir wollen Einwanderer in ihrem Mut stärken, in Deutschland ihre Heimat zu finden, und sie in ihren Anstrengungen fördern, an der gemeinsamen Kultur in unserem Land teilzuhaben. Dazu ist der Spracherwerb die erste und wichtigste Voraussetzung.</p> <p style="text-align: center;">153 Wörter von 27.147<br/>= <b>0,56%</b> des Gesamtprogramms<br/>10 Sätze</p>   |
| Bündnis 90 / Die Grünen | <p>Wir GRÜNE wollen dafür sorgen, dass ExistenzgründerInnen, TüftlerInnen und der Mittelstand exzellente Bedingungen vorfinden, indem wir Gründungshemmnisse abbauen und das gesellschaftliche Innovationsklima fördern. Ob Kinderbackschule oder Übersetzungsservice von Amtsdeutsch</p>   |

|     |   |
|-----|---|
|     | <p>in Umgangssprache, ob Online-Müslimixer, Software-Schmiede oder Windanlagenbauer: Wir brauchen mehr Daniel Düsentriebs, die mit guten Ideen den Schritt in die Selbstständigkeit wagen.</p> <p>Man ist nicht behindert, man wird behindert. So könnte beispielsweise ein gehörloser Mensch sehr viel selbstverständlicher am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, wenn viel mehr Möglichkeiten der Kommunikation in Gebärdensprache – zum Beispiel in Banken, Geschäften und Schulen – zur Verfügung stünden.</p> <p>Der enge Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg zementiert besonders die Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Das Lernen und Lehren der deutschen Sprache ist deshalb ein zentraler Bildungsauftrag für Kindergärten und Grundschulen. Hinzu kommen muss die Förderung der Erstsprache. Wer seine Muttersprache nicht beherrscht, lernt auch nur mit Schwierigkeiten Deutsch.</p> <p>Die Gesellschaft muss den sozialen Aufstieg für Einwanderinnen und Einwanderer fördern und Chancengleichheit in allen Lebensbereichen ermöglichen, vor allem in der Arbeitswelt und Bildung. Die frühere sprachliche Integration aller Kinder ist dabei eine Schlüsselaufgabe.</p> <p>Wir wollen den Familiennachzug wieder erleichtern. Ehe- oder LebenspartnerInnen müssen nach einem Gesetz der großen Koalition bereits im Ausland ausreichende Deutschkenntnisse erwerben. Das soll angeblich vor Zwangsverheiratung schützen. Tatsächlich wird aber gezielt der Nachzug aus einzelnen Nationen und Bevölkerungsschichten begrenzt. Sprachkenntnisse sind essenziell für Integration, sie können aber viel besser hier in Deutschland erworben werden.</p> <p>Kunst und Kultur müssen für alle Mitglieder unserer Gesellschaft erreichbar sein – unabhängig von sozialer Stellung, kultureller Herkunft oder jedweder Behinderung. Barrieren gibt es viele. Für die einen sind es die hohen Eintrittsgelder oder -gebühren für die anderen unüberwindliche Schwellen, kontrastarme Beschriftungen, nicht verständliche Sprache bei den Beschreibungen und anderes mehr. Wir wollen für diese Probleme sensibilisieren und setzen uns dafür ein, dass im Kunst- und Kulturbetrieb wo immer möglich Barrieren abgebaut werden.</p> <p style="text-align: center;">302 Wörter von 53.286<br/>= <b>0,57%</b> des Gesamtprogramms<br/>19 Sätze</p> |
| FDP | <p>Jeder Zuwanderer ist in erster Linie selbst gefordert, für sich und seine Familie Verantwortung zu übernehmen. Unverzichtbare Voraussetzung sind vor allem das Beherrschen der deutschen Sprache, Kenntnis und Achtung unserer Verfassung und deren Grundwerte sowie die Bereitschaft zur Integration auf beiden Seiten.</p> <p>Um die sprachliche Integration qualitativ nachhaltig zu verbessern, sind die Integrationskurse stärker nach Zielgruppen und Vorkenntnissen zu differenzieren und zu erweitern. Insbesondere für Frauen sind nachholende Integrationsangebote zu eröffnen. Wir brauchen mehr interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung und in den Gesundheitsberufen.</p>   |

|           |   |
|-----------|---|
|           | <p>Im vierten Lebensjahr müssen Kinder verpflichtend auf ihren sprachlichen Entwicklungsstand geprüft werden. Kinder mit Schwächen sollten dann intensiv und – im Vorgriff auf die Schulpflicht – verbindlich gefördert werden, zum Beispiel im Rahmen der Start-Klasse.</p> <p>Die FDP fordert, dass sich Kindertagesstätten zu „Familienzentren“ weiterentwickeln und in Kooperation mit anderen Institutionen neue Angebote wie zum Beispiel Sprachförderung für die Eltern schaffen.</p> <p>Die Förderung der deutschen Sprache im Ausland muss wieder ein stärkeres Gewicht bekommen. Langfristig streben wir die Entwicklung kooperativer europäischer Kulturinstitute an. Die Deutsche Welle als deutscher Auslandssender muss eine Finanzierung erhalten, die ihren wachsende Aufgaben angemessen ist.</p> <p style="text-align: center;">179 Wörter von 33.592<br/>= <b>0,53%</b> des Gesamtprogramms<br/>11 Sätze</p> |
| Die Linke | <p>DIE LINKE kämpft für eine chancengleiche Bildung von Anfang an. Dazu gehören vielseitiges, praxisorientiertes Wissen und Können, interkultureller Austausch, systematische und den Bildungsweg kontinuierlich begleitende Förderung beider Sprachen von zweisprachig aufwachsenden Kindern, Umweltbewußtsein und Sozialkompetenz, ästhetische Erfahrung, ein humanistisches Gesellschafts- und Geschichtsverständnis, Kritik- und Urteilsfähigkeit.</p> <p>Institutionen und Projekte zur Pflege und Entwicklung der anerkannten Minderheitensprachen und -kulturen mit jenen Mitteln ausstatten, die den gewachsenen Aufgaben im Bildungs-, Wissenschafts-, Kultur- und Medienbereich entsprechen; die Partizipationsrechte der Minderheiten auf Bundesebene grundlegend stärken.</p> <p style="text-align: center;">80 Wörter von 19.514<br/>= <b>0,41%</b> des Gesamtprogramms<br/>4 Sätze</p>                            |

# **„Dear Citizens“**

## **CDU und CSU werben um Wähler – auf englisch**

Kommentar von Thomas Paulwitz, Chefredakteur der DEUTSCHEN SPRACHWELT

Die Kurzfassung des Wahlprogramms von CDU und CSU gibt es auch auf englisch. Keine andere Partei hat sich die Mühe gemacht, ihr Programm ins Englische zu übersetzen. Die Zahl der Interessenten, die kein Deutsch, sondern nur Englisch verstehen, dürfte überschaubar sein.

Befremdlich wird das englische Kurzprogramm jedoch dann, wenn sich der „Secretary General of the CDU Germany“, Ronald Pofalla, und der „Secretary General of CSU“, Alexander Dobrindt, auf englisch an die deutschen Bürger wenden.

„Dear Citizens“ heißt es da, während in der deutschen Fassung politisch korrekt von den „Bürgerinnen und Bürgern“ die Rede ist. Die englische Sprache scheint also hier schon mal einen deutlichen Vorzug zu haben. Die FDP verzichtet übrigens auf die entbehrliche Doppelnenennung.

Was soll aber der folgende Aufruf? „Vote for CDU and CSU at the parliamentary elections on September 27, 2009, safeguarding our future opportunities!“ Sollte es tatsächlich Wahlberechtigte geben, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, sondern auf englisch angesprochen werden müssen?

Diesen Menschen sollten wir dann den folgenden Satz aus dem Wahlprogramm besonders ans Herz legen: „A good knowledge of the German language is a precondition for successful integration. We want to continue to increase the successful participation of integration courses in order to achieve our aim that by 2010 all children are able to speak German at their first day of school.“

# CDU und CSU

## sprechen manche Anliegen aus

### Betrachtung der programmatischen Aussagen der Unionsparteien aus dem Gesichtspunkt der Sprachpflege

Von Prof. Dr. Werner Kügel, Präses des Pegnesischen Blumenordens

#### Die englischsprachige Fassung

Wie es sich gehört in einem Land, in dem die Wahlberechtigten alle möglichen Muttersprachen aus ihren Migrantenhintergründen mitgebracht haben, bloß kaum je Englisch, veröffentlicht die CDU/CSU ihr Wahlprogramm zusätzlich zur deutschen Fassung auch auf englisch. Grammatik- und Vokabelfehler nach dem Muster „body bag“ und „public viewing“ unterlaufen den Übersetzern nicht; man hat ja gute Leute. Warum klingt der Text dennoch so biederdeutsch? Gewisse Formulierungen, welche die Deutschen ansprechen sollen, lassen sich nicht auf englisch einfach nachahmen, ohne unidiomatisch zu wirken, etwa:

„In order to achieve that (sustainable growth), we have to consolidate the budget, invest into our strengths, in particular education and innovations as well as unburden the citizens.“ Um das zu verstehen, muß ein Englisch-Muttersprachler zweimal hingucken. So etwas müßte umgeschrieben werden, etwa so:

„Sustainable growth can only be achieved by strict budgetary discipline on the one hand and investments tailored to the specific needs of public education and technical innovation on the other. At the same time, the citizens will have to be relieved of unnecessary tax burdens.“ Was kommt aber heraus, wenn man das zurückübersetzt? Etwas, was man sich wahrheitsgemäß nie vornehmen und schon gar nicht jemandem versprechen könnte.

#### Einstellungen von CDU und CSU zur deutschen Sprache

Im folgenden beschränkt sich die Betrachtung auf Punkte des deutschsprachigen Programms, die mit der Einstellung dieser Parteien zur deutschen Sprache zu tun haben.

*„Deutschland ist Integrationsland. Fördern und Fordern stehen dabei im Mittelpunkt. Gute Sprachkenntnisse und gute Bildung sind unverzichtbar.“ (Seite 9)*

Wenn man das so lesen darf: „Zur Integration sind gute Sprachkenntnisse und gute Bildung unverzichtbar und werden daher von jedem Einwanderer gefordert“, dann wird klar, warum „Integrationsland“ und nicht „Einwanderungsland“ dasteht: Sprachkenntnisse kann man von jedem Migranten verlangen, aber gute Bildung nicht einmal von allen bisherigen Einwohnern. Das heißt: „Wir wollen keine armen und geistig unbedarften Einwanderer, sondern nur solche, die uns nützen.“ Der Pegnesische Blumenorden wäre mit den Sprachkenntnissen schon zufrieden.

*„Gute Bildung für alle braucht Chancengerechtigkeit von Anfang an. Die deutsche Sprache ist der Schlüssel für Bildung und Ausbildung. Wir unterstützen die gezielte Sprachförderung vor der Schule, verbindliche Sprachstands-Tests für alle Kinder im Alter ab vier Jahren und eine intensive Förderung bei erkannten Defiziten sowie unterrichtsbegleitende Sprachprogramme.“ (Seite 46 f.)*

Es wird an dieser Stelle klarer, daß unter „gute Bildung“ nicht der erreichte Zustand, sondern nur das Angebot gemeint sein kann. Nicht ganz klar ist, ob man hier wieder nur die Migranten ins Auge gefaßt hat oder auch die vielen deutschen Kinder, deren Sprache bis zum Alter

von vier Jahren keineswegs dem wünschenswerten und früher öfter erreichten Entwicklungsstand entspricht. Wenn das letztere aber zutrifft, so könnte der Abhilfevorschlag den Finanzrahmen bald überschreiten.

*„Neben dem evangelischen und katholischen Religionsunterricht soll bei Bedarf auch Unterricht in anderen Religionen in deutscher Sprache mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern und unter staatlicher Schulaufsicht angeboten werden.“ (Seite 47)*

Das richtet sich eindeutig gegen die Gefahr der Indoktrination muslimischer Kinder durch radikale Mullahs, und viele werden dazu „Bravo!“ rufen. Die Einschränkung „bei Bedarf“ läßt im unklaren, ob die betreffenden Kinder erst mit dem erklärten Willen ihrer Eltern solchen Unterricht genießen sollen, was die Maßnahme als politisches Instrument untauglich macht, oder ob der Bedarf von den deutschen Behörden erkannt und ausgesprochen werden soll. Wenn dabei nur einmal das Verfassungsgericht keine Einwände erhebt! Von linguistischer Seite könnte eingewendet werden, daß sich der Koran auf deutsch überhaupt nicht unterrichten läßt, ohne eines seiner wesentlichen Merkmale einzubüßen, nämlich, literarisches Kunstwerk mit hohem klanglichem Reiz zu sein.

*„Bis 2010 sollen alle Kinder, die eingeschult werden, Deutsch sprechen können. Um ihrer Erziehungsverantwortung jederzeit nachkommen zu können, sind Migranteneltern gefordert, Deutsch zu lernen.“ (Seite 49)*

Man möchte ja bei so viel guten Vorsätzen nicht dauernd ein Haar in der Suppe finden, aber: Vorsicht, Leute! 2010 ist in drei Monaten nach der Wahl! Könnt ihr das Geld für alle diese Förderkurse aufbringen, oder wollt ihr die nicht Deutsch sprechenden Kinder von der Einschulung zurückstellen? Kann man überhaupt Deutsch für Schulzwecke von Null weg in drei Monaten lernen? Nun ja, für Grundschulzwecke ... Es ist sicher: Alle in Klassen mit 70 Prozent Migrantenanteil aufgeriebenen Lehrer wären froh, wenn das klappte. Aber die Eltern? Hat man nicht die Türkenmutti-Kurse trotz guter Erfolge zurückgefahren? (In Fürth jedenfalls schon.) Wenn die CDU/CSU das wieder verstärkt, kann sie des Beifalls sicher sein – nur nicht bei einem unwilligen Rest der Einwanderer, die das Aufgehen in unserer Kultur fürchten. Hat aber nicht das Einwanderungsland USA seit Generationen des Englischen kaum mächtige Menschen hereingelassen, deren Nachkommen, einfach, weil sie es zu etwas bringen wollten, oft alle Defizite überwandern? Vor den gesellschaftlichen Problemen, die das Laissez-faire mit sich gebracht hat, einschließlich der Ghetto(un)kulturen der Unbegabten, darf man natürlich auch nicht die Augen verschließen. Davor bewahrt uns aber eine andere als die Sprachpolitik, wenn überhaupt. Die Leute stimmen nicht nur mit dem Geldbeutel ab, sie entscheiden auch über ihre Zugehörigkeit nach den Erwerbchancen, die ihnen ein Land vom ersten Augenblick ihres Hierseins bietet.

*„Eine Voraussetzung für die Einbürgerung sind ausreichende deutsche Sprachkenntnisse.“ (Seite 50)*

Ohne wenn und aber: Diesen Satz muß man unterstützen, sonst liefert man die Demokratie einer steigenden Zahl von Wählern aus, die gar nicht wissen können, wie sie funktioniert – oder funktionieren sollte! (Was heißt „ausreichend“?)

*„Wir werden mit einer engagierten auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik einen wichtigen Beitrag zur Pflege internationaler Zusammenarbeit leisten, die Kenntnis der deutschen Sprache fördern und ihre Stellung in der Welt stärken.“ (Seite 53)*

Napoleon soll gesagt haben: „Wir haben keine Literatur? Das ist die Schuld des Innenministers!“ – Wie, bitte schön, stärkt man die Stellung einer Sprache in der Welt? Indem man eine gute Literatur hat! Kann die Politik dafür etwas tun? Sie kann die Kenntnis der Sprache fördern, indem sie die Goethe-Institute nicht verhungern läßt und Studentenaustausch bes-

ser finanziert. Das hätte man auch direkt sagen können, aber im Zeichen ausgequetschter öffentlicher Geldsäcke wird doch nur ein Schelm mehr versprechen, als er halten kann.

*„CDU und CSU wollen, dass Gesetze und Bescheide der Verwaltung in einer für den Bürger verständlichen Sprache verfasst werden.“ (Seite 83)*

Im Prinzip, ja – wenn dadurch nicht die Trennschärfe der Begriffe verlorengeht. Also beschränken wir uns besser auf die Bescheide.

*„Die EU muss die Identität der Nationen mit ihren Regionen und Kommunen achten. Deutsch ist die meistgesprochene Muttersprache und eine der drei Verfahrenssprachen der EU. Wir setzen uns daher für die Stärkung der deutschen Sprache in Europa ein, um ihre faktische Benachteiligung in den europäischen Institutionen zu beenden.“ (Seite 89)*

Oft versprochen, nie gehalten – was hat Deutschland zu bieten oder zu entziehen, wenn die anderen nicht mitmachen? Ohne zu unterstellen, daß andere europäische Nationen, aus was für politischen Gründen auch immer, eine größere Bedeutung der deutschen Sprache argwöhnisch beäugen würden, muß man sich auch im klaren sein, daß wieder einmal das liebe Geld oder vielmehr der Mangel daran die häufigere Anwendung des schwierigen Deutschen in der Europa-Maschinerie behindert. Allen, die es nicht fassen können, wie eine so chaotisch geschriebene Sprache wie das Englische zu internationaler Beliebtheit gelangen konnte, sei gesagt, daß es sich in seiner Billigvariante als Babelidiom für Leute, die nicht so genau hinschauen, recht gut eignet. Und was sind Politiker für Leute? Namentlich die in Brüssel?

## **Fazit**

Obwohl man die guten Absichten bejahen muß, kann einem bei dem Gedanken an die Durchführbarkeit schwindlig werden. Doch das gilt für jeden Bereich der Politik. Was man sich nicht wenigstens vorsetzt, kann nie geschehen, der Rest ist Hoffnung auf die Gunst der Stunde und ein geschärftes Bewußtsein, das diese Stunde nicht verpaßt. Also ist gegen ein solches Wahlprogramm nichts Grundsätzliches einzuwenden, ja, es erfüllt sogar mit Befriedigung, manche Anliegen an dieser Stelle ausgesprochen zu finden.

# FDP: Widersprüchliche Wortwahl

## Bemerkungen zum Wortschatz der Liberalen

Von Günter Körner, Vizepräsident des Pegnesischen Blumenordens

In ihrem Programm zur Bundestagswahl unterscheidet die FDP in ihrer Wortwahl auffällig zwischen euphemistischer Selbstdarstellung und hemdsärmeligen Forderungen an andere Adressaten. Bemerkenswert ist die geringe Überschneidung des Vokabulars von den angekündigten Tätigkeiten der Partei mit ihrer Anrede an die Geforderten.

### Selbstdarstellung

In Verbindung mit dem Namen der Partei stehen die Wörter „Freiheit“, „frei“, und freiheitlich“. Sie kommen 56mal vor, gehäuft jeweils zu Beginn eines Abschnitts. Aus den vielen weiteren Sätzen, in denen von Dingen die Rede ist, die so gestaltet werden sollen, wie es gegenwärtig als allgemein wünschenswert gilt, ergibt sich nach dem Abzählen der verwendeten Zeitwörter und unter Berücksichtigung der satzbaulich nötigen Formen und grammatischen Personen diese Liste:

Die FDP ...

|                    |        |
|--------------------|--------|
| – „will“           | 101mal |
| – „setzt sich ein“ | 54mal  |
| – „fordert“        | 39mal  |
| – „lehnt ab“       | 24mal  |
| – „tritt ein“      | 16mal  |
| – „steht für“      | 12mal  |
| – „unterstützt“    | 10mal  |
| – „strebt an“      | 9mal   |
| – „bekennt sich“   | 8mal   |
| – „begrüßt“        | 7mal   |
| – „ist gegen“      | 6mal   |
| – „ist für“        | einmal |

### Forderungen: wenig liberal klingende Zeitwörter

Den Einrichtungen und dem Volk außerhalb der Partei ordnet das Papier folgende Zeitwörter zu:

|                  |        |
|------------------|--------|
| – „müssen“       | 328mal |
| – „sollen“       | 100mal |
| – „können“       | 74mal  |
| – „brauchen“     | 46mal  |
| – „nicht dürfen“ | 43mal  |
| – „sollten“      | 40mal  |
| – „dürfen“       | 8mal   |

Zu den 328 ausdrücklichen „müssen“ finden sich über hundert weitere Formulierungen im Sinne von „hat auszuführen“. Weiter unterlegt dieses Schriftstück jeweils bis zu dreimal seinen Angesprochenen folgende Zeitwörter: ablehnen, Anforderungen stellen, arbeiten, ausschöpfen, beanspruchen, bedürfen, begrenzen, behaupten, beitragen, benötigen, nicht benötigen, berechtigt sein, beteiligen, bleiben, nicht brauchen, entlasten, entscheiden, erhalten, ermangeln, fragen, gefordert sein, nicht helfen, könnten, leisten, nicht müssen, nehmen, zunehmen, nutzen, sichern, verpflichtet sein, nicht sollen, unterlaufen, verdienen, verfügen, verhindern, vermeiden, wachen, wissen, wollen, nicht wollen, wünschen, zulassen.

Auf diese Weise aus dem Zusammenhang gelöst, läßt die Auswahl der Wörter nur wenige Rückschlüsse auf den Gehalt der liberalen Selbstdarstellung zu.

Zum Einstimmen auf den Stil dieses Werbeschreibens der Freien Demokraten diene das folgende Satzbeispiel: „Das generelle Vorbeschäftigungsverbot für sachgrundlos befristete Einstellungen muss abgeschafft werden. Ein Verbot wiederholter befristeter Beschäftigung vor Ablauf von drei Monaten ist ausreichend, um ungewollte Kettenarbeitsverträge zu vermeiden.“